









Rhein und Ruhr — Europas Schicksal.

Die Voraussetzung für jede Lösung der Reparationsfrage liegt nicht weniger wie in der Stabilisierung der Währung und in der Balancierung des Staats, in einer klaren Entscheidung über die Rheinlandfrage. Das Rheinland ist das wirtschaftliche Herz Deutschlands, ohne dessen Gesunderhaltung ein lebensfähiges Deutschland nicht möglich ist.

Lenins Beerdigung.

Moskau. Am Sonntag nachmittag 2 Uhr, zur Zeit der Beerdigung Lenins, wurden gleichzeitig auf dem ganzen Territorium der Sowjetunion Gewehrfeiern abgehalten. Alle Fabriken und Betriebe schalteten mit ihren Sirenen.

Transexferien in Berlin.

Unter harter Beteiligung fanden gestern im Großen Schauspielhaus und in zwei Theatern in Berlin Transexferien für Lenin statt. Die Feiern verliefen ohne Zwischenfall. Vor dem Großen Schauspielhaus hatte sich aber eine große Menschenmenge, meist jugendliche Personen, angeammelt, die in Rufe wie 'Nieder mit der Schupo!' und 'Nieder mit dem Kapitalismus!' ausbrachen.

Denkschrift über Lenins Krankheit.

Eine umfangreiche, von Professor Abrikosow unterschriebene Denkschrift über die Diagnose der Leide Lenins hat die Wichtigkeit der Diagnose und der Behandlung bestätigt. Der Ausgangspunkt der Krankheit ist eine ausgebreitete Arteriosklerose der Gefäße infolge ihrer vorzeitigen Abnutzung.

Die Eisenbahnarbeiter gegen die unerkündigte Arbeitszeit.

Berlin. WZB, meldet: Zur Neuregelung der Arbeitszeit bei der Reichsbahn hören wir von unterrichteter Seite: Die bittere wirtschaftliche Notlage hat die Reichsregierung gezwungen, außer dem großen Personalabbau auch eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit der Beamten auf neun Stunden anzuordnen. Nach dem Beamtenrecht können die Beamten hierfür eine entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge nicht beanspruchen.

Abstimmung vor, ob in einen „Abwehrstreik“ getreten werden soll. Man möchte dringend hoffen, daß bei dieser Abstimmung die, klare Ueberzeugung die Oberhand behält. Die Stellung des Verkehrsministers gegenüber einem solchen Streik kann nicht zweifelhaft sein.

Ehdenerziehungsforderungen einer amerikanischen Eisenbahngesellschaft gegen Deutschland.

Neu York. Die Leibniz Valley Eisenbahngesellschaft hat bei der Fordernungs-kommission Eisenbahnerziehungsbedürfnisse in Höhe von 19 Millionen Dollar gegen Deutschland geltend gemacht. Die Gesellschaft behauptet, sie habe während der letzten zwei Monate Vermisse dabei festgestellt, daß die Eisenbahn-Explosion im Juli 1916 von deutschen Agenten aus Berlin herbeigeführt worden sei.

Neue Gewaltmaßnahmen der Franzosen.

Frankfurt a. M. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, sollen die Franzosen am Sonnabend in Mainz in überrauscher Weise die drei Finanzassessoren, die städtische Sparkasse, angeblich auch zwei Postämter militärisch besetzt haben, um die Zahlung einer Kontribution von 100 000 Goldmark wegen der beim Separatistenaufstand in Mainz erfolgten Erschießung des französischen Professors Constant zu erzwingen.

Um die geplante Goldnotenbank.

Paris. Unter Bezugnahme auf die Besprechung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht mit Poincaré schreibt Eric Rouvellet, die Beteiligung des Privatkapitals an der geplanten Goldnotenbank erfordere die vorübergehende Aufhebung der Devisenbeschränkungen im Reichsgebiet und dem Verkauf der Reichsbank und die Rückführung der besetzten Gebiete an Deutschland. Schacht habe die Frage nicht in drastischer Form aufgeworfen, aber es genüge, seinen Plan jetzt für seine Durchführung nur bei Wahrung der französischen Reparationspflichten möglich sei.

Das Abkommen über Fiume.

Rom. Gestern wurde im Palast Chial ein Abkommen betreffend Fiume zwischen der italienischen und der jugoslawischen Regierung unterzeichnet. Mussolini hat das Abkommen für Italien unterzeichnet und die Minister Jaksich und Ninktschinsk für die Serben, Kroaten und Nutenen. Der Handlung mochte bei der Senatur Vontarini Generalsekretär des Ministerium des Auswärtigen und Herr Antonowitsch, der jugoslawische Botschafter in Rom und andere beiseite. Die Vorbereitungen zum Abschluß eines Zusatzabkommens betreffend den Fiumer Vertrag sollen heute beendet werden, sobald das Abkommen im Laufe des heutigen Tages zur Unterzeichnung kommen wird.

Die Entscheidung über die dritte Steuernotverordnung verlagert.

Berlin. In der Sonnabend-Sitzung des Reichsstadtsrats hat der vorliegende Entwurf der dritten Steuernotverordnung bereits in wesentlichen Punkten eine Abänderung erfahren. Im Reichsfinanzministerium wird an der neuen Fassung verschiedener Bestimmungen gearbeitet. Die endgültige Entscheidung über die Verordnung wird in einer am Dienstag, den 30. Januar, stattfindenden Kabinettsitzung fallen. Während der bisherigen Entwürfe die ganze Aufwandsfrage aus der Verordnung herauszunehmen und einem besonderen gesetzgeberischen Akt der Reichsregierung vorbehalten sollte, soll, wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, nunmehr die Aufwertung von Hypotheken, Obligationen und sonstigen Forderungen doch im beschränkten Maße durch die Verordnungen erfolgen. Das Ausmaß der Befreiung der sogenannten Inflationsgewinne liegt noch nicht endgültig fest, es dürfte eine Befreiung mit 7 bis 12 v. H. des Goldwerts unterhalb des in Frage kommen.

Tagesgeschichte.

Von dem bisherigen Abbau der Reichsstellen ist, wie wir hören, auch der vorläufige Reichsdirektionsrat sehr stark betroffen worden. In erster Linie sind die Aufwendungen für die Mitglieder insbesondere infolge Einschränkung der Eisenbahnfreifahrtskarten auf die ordentlichen Mitglieder der drei Hauptabteilungen und die Mitglieder des Vorstandes auf etwa

den dritten Teil vermindert worden. Auch die Sitzungen sind im Interesse der Ersparung von Däten und anderen Kosten auf das geringstmögliche Maß beschränkt worden. Das am 1. April 1933 vorhanden gewesen Personal (ausgeschlossen der Arbeiter) in Stärke von 58 Personen ist auf 26, also um 55 Prozent abgebaut worden. Gegenüber den Ausgaben für die Aufwendungen an die Mitglieder betragen die Verwaltungskosten einschließlich der Gehälter und Löhne nur einen geringen Bruchteil der Gesamtausgaben.

Otto Wolff kündigt seinen russischen Konzeptionsvertrag. Wie der „Montagsmorgen“ meldet, hat die Firma Otto Wolff den Konzeptionsvertrag mit der Sowjetregierung wegen geschäftlicher Differenzen gekündigt, jedoch der Vertrag nach Ablauf der zehnwöchentlichen Kündigungsfrist erlischt.

Der Norddeutsche Lloyd hat am Sonnabend mit dem neuerbauten großen Passagierdampfer Sierra Cordoba den vierzehntägigen Erste Kasse-Dienst von Bremen nach Spanien, Portugal, Madeira, Brasilien und Argentinien wieder aufgenommen. Der Dienst wird von vier nach fünfährigen Geschiftspunkten modern ausgestatteten Schiffen der Sierra Klasse wahrgenommen.

Schwedische Maßnahmen gegen die Inflation. Der schwedische Reichstag erörtert am Sonnabend die Frage der schwedischen Währung. Es herrscht Einigkeit darüber, daß es darauf ankommt, alle Maßnahmen, die zur Inflation führen können, zu vermeiden.

Verbot des Kongresses der internationalen Arbeiterhilfe. Der für Sonntag nachmittag in den Bürgerhallen des Rathhauses einberufene deutsche Kongress der internationalen Arbeiterhilfe ist von den Militärbehörden verboten worden. Verhandlungen zwischen der Reichstagsabgeordneten Frau Burm und dem Bezirkskommando über eine Aufhebung des Verbotes führten zu dem Ergebnis, daß der F. A. H. ausgeschlossen wurde, mit ihren Delegierten eine interne Besprechung in ihren Geschäftsräumen abzuhalten.

Macdonald und Mac Kenna. Wie aus London berichtet wird, wird Ramsay Macdonald mit Mac Kenna, dem Vorsitzenden des zweiten Sachverständigenausschusses, der sich gegenwärtig in London aufhält, vor dessen Abreise nach Berlin verhandeln. Nach derselben Meldung verläßt man in politischen Kreisen, Macdonald und Mac Kenna wären hinsichtlich der zu verfolgenden Politik, nämlich was die Arbeiter der beiden Sachverständigenausschüsse anbetrifft, vollkommen einig.

Postabkommen mit Württemberg. Dieser Tage weiße Reichspostminister Dr. Hoffe in Stuttgart, um sich mit der württembergischen Regierung über den Entwurf eines Reichspostabkommens und eines auf Grund dieses Gesetzes mit Württemberg als früheren Besitzer einer eigenen Post abschließenden Abkommens zu besprechen. Der Verhandlungsaustausch hat, wie der Staatsanzeiger hört, über die Grundzüge des Reichspostabkommens Übereinstimmung ergeben, dagegen ist es bis jetzt bezüglich der Berechnung des Uebertragungspreises des württembergischen Staates noch nicht zu einer Einigung gekommen.

Kommunistische Transexferien für Lenin. Die Leitung der Berliner politischen Polizei hat der kommunistischen Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß die am Sonntag im Großen Schauspielhaus, in Altem Schützen und in den Parkanlagen geplanten Transexferien für Lenin zugelassen werden würden unter der Voraussetzung, daß es sich lediglich um eine Transex- und Gebächtnisfeier handle, daß die Veranstaltung nicht zu politischer Propaganda benutzt werde und die verbotene kommunistische Partei nicht als Veranstalterin nach außen hin in die Erscheinung trete. Sollte gegen eine dieser Voraussetzungen verstoßen werden, so würden polizeiliche Maßnahmen ergriffen werden.

Der Reichshofrat des Preussischen Landtages beriet am Sonnabend über die Haushaltslage. Zunächst sollen die Anträge aus dem Hause über die dänische Grenze, über die Verteilung von Mitteln des Reichsstaates durch die Provinzialverwaltungen, über Aufhebung des Ausnahmehandels, über Anstellung der abgebauten Beamten und Angestellten erledigt werden. Diese Ausprüche wird das Haus voraussichtlich noch am Dienstag beschließen. Der Montag soll freigelegt bleiben, damit der Ausschuss über die Grundsteuer beraten kann. Am Mittwoch wird Finanzminister Dr. v. Brücker, der hofft, bis dahin von seiner Erkrankung wieder hergestellt zu sein, zur Finanzlage Preußens das Wort nehmen. Daran soll sich bei der Beratung über die Grundsteuer, die bis dahin aus dem Ausschuss an das Plenum gelangt sein wird, eine allgemeine Finanzausprüche schließen. Die Beratungen über die Grundsteuer werden das Haus wahrscheinlich bis zum Freitag beschäftigen, an welchem Tage die Schulhaushaltung stattfinden soll. Ein Antrag der Kommunisten, noch in eine allgemeine Ausprüche über Jutta, Strafvolkstum, einzutreten, wurde abgelehnt. Am Freitag nächster Woche will sich der Landtag vertagen, bis der Haushaltsvorlage vorliegt. In der Zwischenzeit werden die Ausschüsse tagen. Insbesondere wird sich der ständige Ausschuss mit der neuen Regierungsvorlage über den Personalabbau zu beschäftigen haben, mit deren alsbaldiger Einbringung man rechnet.

Die demokratische Reichstagsfraktion wählt in ihrer Sonnabend-Sitzung anstelle des zum ersten Bürgermeister in Hamburg ernannten Dr. Peterlen den Abg. R. O. W. West als ersten Vorsitzenden und den Abg. Eckstein zum zweiten Vorsitzenden. Ferner beschäftigte sich die Fraktion mit Erörterungen über das Wahlgesetz, das vor den Neuwahlen nicht mehr zur Erledigung kommen wird.

Abgeordnete von den Kerthoff vor Gericht. Auf der zweiten Strafkammer des Landesgerichts Eberfeld begann am Sonnabend der Prozeß gegen den deutschnationalistischen Reichstagsabgeordneten von den Kerthoff wegen Steuervergehen und Siegelbruch. — Nach einer Meldung der „Montagspost“ aus Eberfeld wurde in dem Prozeß gegen den Reichstagsabgeordneten von den Kerthoff wegen Steuerhinterziehung und Siegelbruch der Angeklagte freigesprochen.

Verhinderung des amerikanischen Schutzes für den Panamakanal. Nach einer Meldung aus Colon (Panama) hat eine Versammlung von 600 Offizieren eine Resolution angenommen, in der die amerikanische Regierung ersucht wird, zur Modernisierung der Verteidigungsanlagen des Panamakanals unverzüglich einen Betrag von drei Millionen Dollar aus dem Budget zu bewilligen, außerdem solle die Zahl der am Kanal stationierten Truppen von 8000 Mann auf 12 000 Mann hinausgehoben werden.

Eine Verlammlung kommunistischer Delegierter ausgedrungen. Aus Hamburg wird gemeldet: Nach Mittelforderungen der hantlichen Pressestelle wurde von der Polizei in Humbergsbüttel eine Verlammlung kommunistischer Delegierter aus Nordmecklenburg, Berlin und Leipzig ausgedrungen. Alle 55 Teilnehmer an der Verlammlung wurden verhaftet. In ihrem Besitz wurde reichhaltiges Material über die Pläne ihrer Organisation gefunden. Die Vernehmung der Festgenommenen dauert noch an.

Der preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer hielt gestern in Berlin eine kurz besuchte Verlammlung ab, an der Vertreter des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt, des Reichsrats von Berlin und der bürgerlichen Parteien des Landtags teilnahmen. Nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden, des Landtagsabgeordneten Pöndorf, wurde eine Entschlüsse angenommen, die sich für die Aufhebung der Zwangswohnhaft auf dem Gebiet des Bodennutzungsrechts ausdrückt.



